



**VSPB · FSFP**

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter  
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police  
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

## Medienmitteilung

Bern, 3. November 2009

### Petition STOPP DER GEWALT GEGEN DIE POLIZEI Polizeibeamte fordern politische Diskussion



Der VSPB ist besorgt um die Sicherheit seiner Mitglieder/innen, Bild: Reto Martinelli

**Gewalt gegen die Polizei und andere Behörden nimmt stetig zu. Sei es der 1. Mai oder einer der unzähligen Ordnungsdienste im Umfeld von Sportveranstaltungen. Gleichzeitig häufen sich die Berichte über verletzte Polizistinnen und Polizisten. Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB will nicht tatenlos zusehen. Um diesen Missstand zu bekämpfen, hat der Verband die Petition „STOPP DER GEWALT GEGEN DIE POLIZEI“ ausgearbeitet und dem Bundesrat, sowie der Präsidentin und dem Präsidenten beider Kammern überwiesen.**

Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB ist in Sorge um die Sicherheit seiner Mitglieder. Denn die dem Verband vorliegenden Zahlen zeigen ein erschreckendes Bild. Gemäss der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), vom Bundesamt für Polizei (fedpol), sind die Fälle von Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte kontinuierlich gestiegen. Im letzten Jahr wurden über 2000 Fälle zur Anzeige gebracht. Verglichen mit den Zahlen vom Jahr 2000 entspricht dies einer Zunahme von über 160%!



**VSPB · FSFP**

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter  
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police  
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Auch wenn Ausbildung und Ausrüstung immer und immer wieder den neuen Gegebenheiten und Sicherheitsanalysen angepasst werden, kommt es trotzdem leider wiederholt und verstärkt zu Gewalt und Verletzungen. Immer lauter werden darum die Stimmen aus Polizeikreisen, welche die Organe der Rechtspflege dazu auffordern, energischer zu handeln und den gesetzlichen Rahmen bei solchen Übergriffen konsequent bis zum Letzten auszuschöpfen.

### **Diskussion muss stattfinden**

Wie Heinz Buttauer, Präsident VSPB, heute an einer Medienkonferenz betonte, ist die Politik gefragt: „Wir verlangen mit unserer Petition, dass eine offene und aufschlussreiche Diskussion geführt wird, um diesem Missstand – der nicht länger toleriert werden kann - endlich ein Ende zu setzen.“ Laut VSPB ist Gewalt gegen Polizeiangehörige gleichzeitig ein Angriff gegen dessen Arbeitgeber, dem Staat. Demzufolge sollen diese Übergriffe auch als Akt gegen den Staat abgeurteilt werden. Nur mit der Unterstützung der Politik und der Justiz kann dieser Entwicklung Einhalt geboten werden. Bei diesem Problem darf die Polizei nicht alleine gelassen werden.



Gewalt und Drohungen gegen die Polizei sind alltäglich, Bild: Keystone

### **Härtere Strafen gefordert**

Als Lösungsansatz sieht der VSPB eine Anpassung des Strafgesetzbuches. Dabei sollten kurze Haftstrafen wieder eingeführt, die Mindeststrafandrohung erhöht und im Wiederholungsfall verdoppelt werden. Zwar wäre es theoretisch schon heute möglich, solche Verstösse angemessen und wirksam zu ahnden. Jedoch kommt es leider immer wieder vor, dass Gewaltakte gegen Polizistinnen und Polizisten sowie andere Repräsentanten des Staates fälschlicherweise bagatellisiert werden.



### **Wie im Kino, leider aber echt**

Für Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, ist die aktuelle Entwicklung inakzeptabel: „Es braucht unbedingt exemplarische Strafen, die eine abschreckende Wirkung haben.“ Um den Missstand auf zu zeigen rief er vier Vorfälle in Erinnerung und fügte hinzu: „Jeder Polizist und jede Polizistin weiss um die Gefahren des Arbeitsalltages. Aber es darf doch nicht sein, dass ein Polizeibeamter wegen seines Berufes in der Freizeit angegriffen wird. Oder dass ein Straftäter, der beim Fluchtversuch auf einen Beamten schiesst nur zu vier Jahren Therapie verurteilt wird, obwohl der Richter sowohl die bewaffneten Raubüberfälle wie auch den Mordversuch als erwiesen sah und dafür eine Gefängnisstrafe von elf Jahren als angemessen betrachtete.“

### **Deutschland macht es vor**

Die Entwicklung der Gewalt gegen die Polizei in Deutschland ist noch ausgeprägter als bei uns. Die Rufe der Polizeigewerkschaften gegen diesen Zustand und nach härterer und schnellerer Bestrafung sind deshalb auch schon wesentlich lauter. Nach Angaben der Gewerkschaft der deutschen Polizei GdP stieg der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in den letzten zehn Jahren bundesweit um rund 31 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar um über 80 Prozent. Nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten der GdP hat die deutsche Innenministerkonferenz (IMK) vor kurzem beschlossen, das Phänomen der in den letzten Jahren eklatant gestiegenen Gewalt gegen Polizeibeamte untersuchen zu lassen.

### **VSPB nimmt seine Pflicht war**

„Als Vertreter von rund 23'000 Polizistinnen und Polizisten fordern wir Massnahmen, damit unsere Mitglieder besser geschützt werden können“, sagt Heinz Buttauer und fügt hinzu: „Vergessen Sie bei allen Betrachtungsweisen eines nicht: Polizisten und Polizistinnen sind in erster Linie Menschen, haben Familien und Kinder, Sorgen und Ängste und vor allem haben Sie auch Rechte!“

---

### **Weitere Informationen erteilen:**

Heinz Buttauer, Präsident VSPB, Tel. 076 433 16 28

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64



**VSPB · FSFP**

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter  
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police  
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

**Bilder:**

Bild: Medienkonferenz.jpg

Legende: Der VSPB ist besorgt um die Sicherheit seiner Mitglieder/innen

Bild: Reto Martinelli

Bild: Angriff.jpg

Legende: Gewalt und Drohungen gegen die Polizei sind alltäglich

Bild: Keystone

**Die Bilder in Druckqualität finden Sie unter [www.vspb.org](http://www.vspb.org)!**

**VSPB in Kürze:**

Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) ist die schweizerische Dachorganisation aller Polizistinnen und Polizisten, die im Dienst von Bund, Kantonen und Gemeinden stehen. Ihm gehören 72 Sektionen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene an, welche wiederum gut 23'000 Mitglieder gruppieren. Rund 95 % der aktiven Polizistinnen und Polizisten sind VSPB-Mitglieder.

Als berufsständische Organisation vertritt der VSPB seine Mitglieder/innen in allen beruflichen Belangen und nimmt für sie gewerkschaftliche Aufgaben wahr. Der Dachverband wahrt und fördert die Interessen und das Ansehen des Polizeistandes. Er nimmt politisch Einfluss bei öffentlichen Themen, die seine Mitglieder/innen betreffen und tritt dafür in der Öffentlichkeit auf.

**Abgeschlossene und aktuelle Dossiers:**

- Neue Dienstmunition
- Vereinheitlichung der Strafprozessordnung
- Bespitzelungs-Affäre der Securitas
- Bahnreform 2